

Bericht von der Sitzung am 12. März

Im wahrsten Sinne des Wortes energiegeladen war die Gemeinderatssitzung am vergangenen Montag, 12. März. Denn gleich drei Tagesordnungspunkte drehten sich um das Thema Energie. So ging es um das Quartierskonzept Altstadt und die zu untersuchenden Energieerzeuger, um die Erstellung eines integrierten Quartierskonzepts für Steinach sowie um den Sachstand zum European Energy Award und die Fortschreibung des energiepolitischen Aktivitätsprogramms 2018 bis 2030.

Wärmenetz Altstadt

Zur Sitzung war deshalb der Geschäftsführer der unabhängigen Energieagentur Ravensburg gGmbH, Walter Göppel, gekommen. Nachdem Regine Rist, Geschäftsführerin der Stadtwerke Bad Waldsee, zunächst das Quartierskonzept Altstadt erläutert hatte, berichtete Walter Göppel, dass die flexible Wärmewende in Bad Waldsee nun Formen annehme. Bei der Gemeinderatssitzung am 18. Dezember 2017 habe er drei mögliche Varianten vorgestellt und dargelegt, dass eine vierte Variante, nämlich „Wärme aus Quellwasser“, noch weiter und intensiver untersucht werde. Nun lägen hierzu die ersten Erkenntnisse vor.

Außerdem sei die KWK-Lösung (KWK steht für Kraft-Wärme-Kopplung) für das Schulzentrum leider nicht mehr wirtschaftlich darstellbar, nachdem der Gemeinderat am 27. Dezember 2017 mitgeteilt habe, dass die EU-Befreiung der reduzierten EEG-Umlage rückwirkend für KWK-Anlagen ab 1. Januar 2014 gestrichen werde. Diese Option entfalle somit. Deshalb werde das Schulzentrum in das Gesamtkonzept eingebunden.

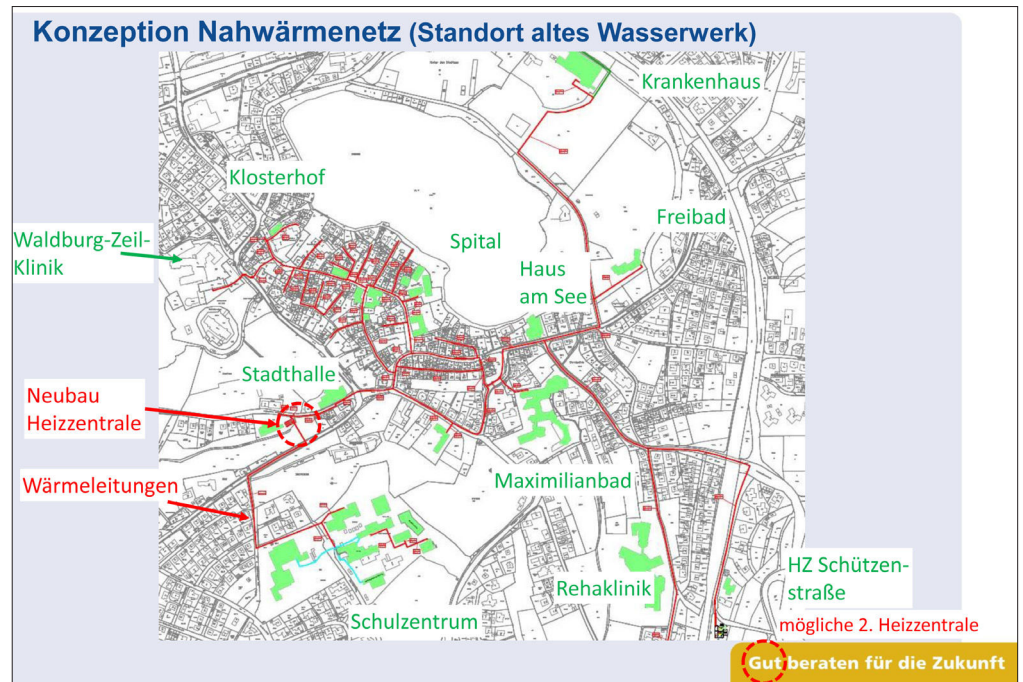
In der neuen Konzeption, der Wärmegewinnung durch Quellwasser und Blockheizkraftwerk, sehe er große Vorteile. Unter anderem sei die Einspeisung flexibel möglich, auch falls zu einem späteren Zeitpunkt die Tiefengeothermie oder andere Energieträger zur Energieerzeugung zum Einsatz kämen. Auch die Lage der neuen Energiezentrale mitten in der Stadt sei für das Nahwärmenetz von großem Vorteil, da die Leitungen kürzer seien als von der bisherigen Lage der Energiezentrale

bei der Schützenstraße (im Heizwerk der Städtischen Kliniken). Nach den neuesten Erkenntnissen seien somit nur noch zwei Varianten im Rennen, wovon die Variante 4 (Wärme aus Quellwasser) klar favorisiert werde.

Die Wärme in Variante 1 entstünde durch zwei Blockheizkraftwerke (BHKW) sowie zwei Wärmepumpen, die deren Abwärme nutzen, und durch einen Gaskessel zur Spitzenlastabdeckung und als „Notversorgung“. Die favorisierte Variante 4 beinhalte hingegen die Gewinnung von Wärme mittels einer Quellwasser-Wärmepumpe und eines Groß-BHKW sowie einer weiteren Wärmepumpe zur Nutzung der Abwärme des BHKW. Auch hier sei zur Spitzenlastabdeckung und zur „Notversorgung“ ein Erdgaskessel vorgesehen. In der Sommerzeit könne das BHKW abgestellt werden, was für die CO₂-Bilanz und die Energiebilanz großen Sinn mache, sagte Göppel. Das Quellwasser komme aus einem Einzugsgebiet von rund 30 Quadratkilometern, und sei an der Stelle des ehemaligen Wasserwerks mit 150 Litern pro Sekunde vorhanden. Für die Wärmeversorgung in der Altstadt würden rund 25 Liter pro Sekunde ausreichen.

Am 1. März habe bereits eine Besprechung mit Hydrologen stattgefunden, die in dem Projekt Chancen sehen. Auch beim Landratsamt habe man schon „vorgefühlt“ und gute Gespräche geführt. Es müsse noch eine wasserrechtliche Genehmigung beantragt werden. Das Quellwasser habe das gesamte Jahr hindurch eine konstante Temperatur von zehn Grad. Nun würden sich sicherlich viele fragen, wie man damit Wasser auf die benötigten 70 Grad erwärmen könne, meinte Göppel. Dies passiere wie beim Kühlschrank oder Gefrierschrank – nur im umgekehrten Prinzip, nämlich über Kompression. Dafür benötige man, wie bei Wärmepumpen üblich, Strom. Dieser würde durch die BHKW erzeugt, deren Abwärme ebenfalls genutzt werden könne, was den Wirkungsgrad, die Wirtschaftlichkeit und die Energiebilanz stark verbessere.

Der Wärmebedarf für die Altstadt (inklusive Rehakliniken/Maximilianbad, Schulzentrum, Freibad, Krankenhaus, Kurpensionen, Waldburg-Zeil-Kliniken, private Gebäude in der Altstadt und den Wärme-



So könnte das künftige Nahwärmenetz Altstadt aufgebaut sein.

Grafik: Energieagentur

verlusten in Höhe von etwa sechs Prozent) liege bei rund 14.150.000 Kilowattstunden im Jahr. Das entspreche umgerechnet etwa 1,5 Millionen Litern Heizöl, so Göppel. Die Anschlussquote der Privatgebäude sei dabei vorsichtig mit etwa 30 Prozent gerechnet. Das hätten die Abfragen im Rahmen des Quartierskonzeptes ergeben, es sei aber dennoch eine geschätzte Zahl, ergänzte die Geschäftsführerin der Stadtwerke, Regine Rist. Weiter informierte Göppel über die mögliche CO₂-Einsparung. Bei Variante 1 könnten 65 Prozent eingespart werden, bei Variante 4, mit Quellwasser, seien sogar 71 Prozent möglich. Pro Jahr könnte so der CO₂-Ausstoß in Bad Waldsee um 2800 Tonnen reduziert werden.

Die geschätzten Investitionskosten für das Wärmenetz in der Altstadt belaufen sich auf rund 5.840.000 €. Hinzu kommt die Heizzentrale. Hier liegt die Kostenschätzung bei beiden Varianten um die fünf Millionen Euro. „Die Tiefengeothermie würde nach derzeitiger Kostenrechnung rund 25 Millionen Euro kosten (mit Nahwärmenetz) und ist zum jetzigen Zeitpunkt wirtschaftlich nicht darstellbar“, erklärte Walter Göppel.

Damit sich die Gemeinderäte und Zuhörer ein Bild von der technischen Umsetzung in den Gebäuden machen können, zeigte er anhand von Fotos und dem Schema-Schnitt, wie die Übergabestation am Gebäude funktioniert und aussieht. „Die Hausbewohner benötigen zukünftig keinen extra Heiz- und Tankraum sowie keinen Kamin-

mehr“, so Göppel. „Die Wärme wird fix und fertig geliefert. Auch die Unterhaltskosten sind sehr gering. Man benötigt zum Beispiel keinen Kaminkehrer mehr.“

Als Stichworte für die weiteren Schritte nannte Göppel: Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Anschlussgrad städtischer Einrichtungen und privater Gebäude, Vollarbeit, Teilabnahme, Finanzierung und Liquidität, Preisgestaltung, Klärung von Grundwasser- und Entsorgung, Entscheidung für Umsetzung (Stadt oder Stadtwerke), Zusammenhänge mit Breitband-Technik, Planung und Finanzierung, Abstimmung mit anderen städtischen Maßnahmen.

Von Seiten der Gemeinderäte wurde nachgefragt, ob die Versorgungssicherheit bei der Nahwärmeversorgung gegeben sei. Walter Göppel antwortete, dass die Versorgungssicherheit sogar dreistufig gegeben sei, vorwiegend über den Spitzenlast-Erdgaskessel. Dieser würde im Normalbetrieb, je nach Variante, lediglich mit drei bis fünf Prozent seiner Leistung benötigt.

Ob das Nahwärmenetz auch ausgeweitet werden könne, wie etwa auf den Frauenberg oder ins Ballenmoos wurde gefragt. Thomas Manz, der Erste Beigeordnete der Stadt, erklärte, dass ein Nahwärmenetz derzeit in Neubaugebieten keinen Sinn mache, da dort der Wärmebedarf sehr gering sei. Man konzentriere sich zuerst auf Bereiche, die einen hohen Wärmebedarf aufweisen. Auch müsse man sich die Netzstruktur genau ansehen. Es gebe Hauptachsen und Ne-

benachsen. Wer ein Gebäude an der Hauptachse hat, könne im Normalfall immer anschließen. Man werde voraussichtlich Vorverträge mit den Gebäudeinhabern schließen.

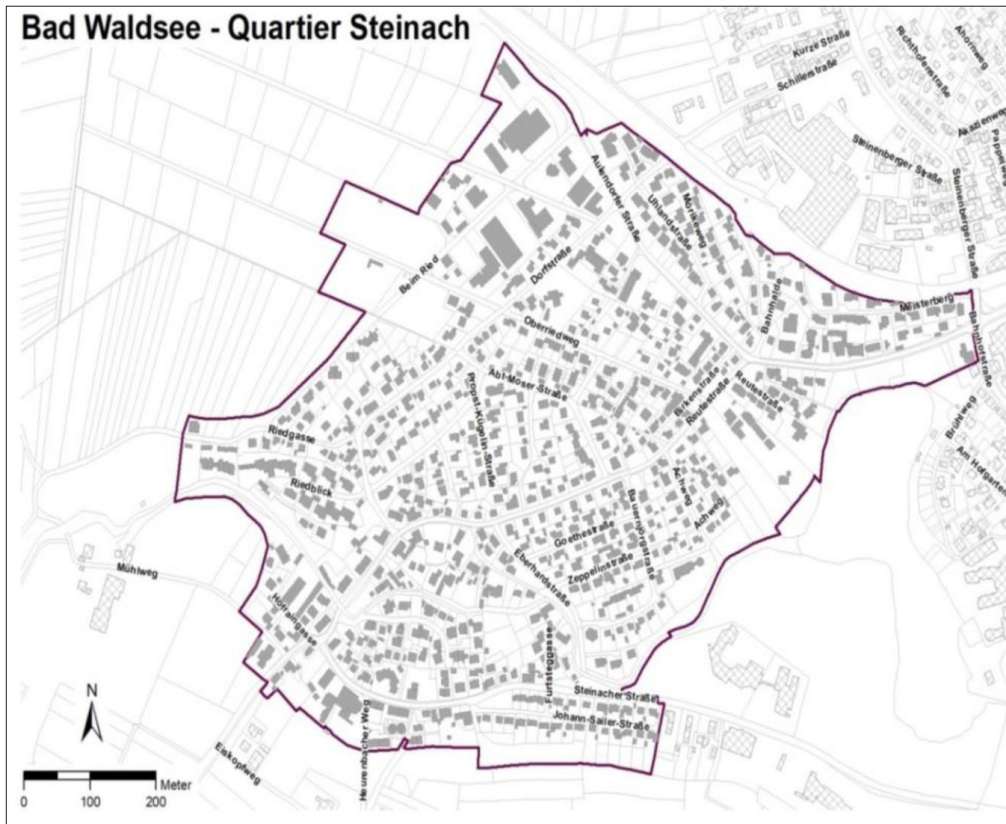
Aus den Reihen der Räte wurde auch gefragt, wie tief die Rohre für das Nahwärmenetz ins Erdreich gelegt werden. Walter Göppel antwortete, dass diese voraussichtlich in einer Tiefe von einem bis einhalb Metern verlegt würden. Gefahren würden keine davon ausgehen. Im Gegensatz zu Gas würde bei einem eventuellen Bruch lediglich Wasser ausströmen. Insgesamt könne er auf 30 Jahre Erfahrung bei Nahwärmenetzen zurückblicken und ihm sei kein einziger Fall bekannt, dass ein Rohr defekt gewesen sei. Die Abschreibung der Rohre liege zudem bei 40 Jahren.

Weiter wurde gefragt, wie sich denn der Preis für die Abnehmer zusammensetzen würde. Dieser würde sich aus einem Grundpreis sowie einem Wärmepreis zusammensetzen, erklärte Göppel.

Steinach

Ebenfalls um das Thema Nahwärmeversorgung drehte sich der Tagesordnungspunkt „Erstellung eines Quartierskonzepts für den Bereich Steinach im Rahmen des KfW-Förderprogramms“. Diesem stimmten die Gemeinderäte mit einer Enthaltung zu.

In Steinach sollen insgesamt 600 Gebäude untersucht werden, darunter ein kirchliches Gebäude, 27 gewerblich genutzte Gebäude sowie 572 Wohn- und gemischt genutzte Gebäude (Wohn- und



Für den markierten Bereich soll das Quartierskonzept erstellt werden.

Grafik: Energieagentur

Geschäftsgebäude). Etwa 90 Prozent der Gebäude sind noch vor 1978 errichtet worden. Weiter sind dort voraussichtlich 25 Prozent der Heizungsanlagen älter als 20 Jahre und daher ineffizient. Somit sei der energetische Sanierungsbedarf entsprechend hoch und das Gebiet eigne sich daher besonders für eine umfassende Betrachtung der Energieeffizienz, sagte Walter Göppel, Geschäftsführer der Energieagentur Ravensburg. Als Fachexperte im Bereich Klima- und Energieeffizienz verfüge die Energieagentur Ravensburg über lokale Kenntnisse. Sie habe ein Angebot für die Durchführung des Quartierskonzepts abgegeben. Zur Wärmegewinnung ist laut Göppel im Fall von Steinach die Grundwassernutzung angedacht. Neben der Möglichkeit, Wärme daraus zu beziehen habe diese Lösung einen weiteren Vorteil für die Bürger, denn dadurch könne das Ansteigen des Grundwasserspiegels auch nach Starkregen reduziert und dieser konstant gehalten werden.

Im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432 „Energetische Stadtsanierung, Zuschuss für integrierte Quartierskonzepte und Sanierungsmanager“ werden auch Kosten für ein Sanierungsmanagement bezuschusst. Das Sanierungsmanagement begleite und koordiniere die Planung und Realisierung der in den Konzepten vorgesehenen Maßnahmen.

Nach Erstellung und Vorliegen des Quartierskonzeptes sei beabsichtigt, im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432 einen Zuschussantrag für einen Sanierungsmanager zu stellen, so Thomas Manz. Die überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von rund 186.000 € sollen zu 65 Prozent über das Förderprogramm 432 der KfW finanziert werden und sich auf das Jahr 2018 mit etwa 100.000 € und auf das Jahr 2019 mit etwa 86.000 € verteilen. Somit verbleibt bei der Stadt Bad Waldsee voraussichtlich ein Eigenanteil in Höhe von rund 65.000 € (35 Prozent). Für den Fall, dass sich die Stadtwerke Bad Waldsee, wie beim Quartierskonzept Altstadt, finanziell mit 20 Prozent beteiligen, verbleibt bei der Stadt Bad Waldsee ein Eigenanteil in Höhe von rund 28.000 €, der über den Haushalt 2018/2019 finanziert werden kann, erklärte der Erste Beigeordnete der Stadt, Thomas Manz.

Ob hinsichtlich des Grundwasserspiegels Auswirkungen auf die Natur zu befürchten sind, fragte ein Gemeinderat. Thomas Manz antwortete, dass auch hierzu mit dem Landratsamt als untere Wasserbehörde Rücksprache gehalten werden sei und noch wasserrechtliche Untersuchungen durchgeführt werden müssten. Eine geringe Absenkung des Grundwasserspiegels in Steinach hätte voraussichtlich eher Vorteile für die Bürger, die dort wohnen.

Von den Gemeinderäten kam ansonsten große Zustimmung zu diesem umweltfreundlichen Energieprojekt, was auch den einstimmigen Beschluss (mit einer Enthaltung) widerspiegelt.

Marktgebühren

Einstimmig haben die Gemeinderatsmitglieder der Satzung zur Änderung der Marktordnung und der Marktgebührenordnung zugestimmt. Diese war letztmalig am 23. November 1998 angepasst worden. Aufgrund der allgemeinen Preissteigerung, die sich auch auf die Bewirtschaftung und die Unterhaltung der Wochen- und Jahrmärkte auswirkt, waren die erhobenen Marktgebühren zwischenzeitlich nicht mehr kostendeckend. Die neuen Gebührensätze ermöglichen eine vollständige Kostendeckung. Beim Wochenmarkt steigt die Jahresgebühr pro laufendem Meter von 66,37 auf 80 € und beim Tagesplatz Wochenmarkt von 2,30 € auf 3 €. Beim Jahrmarkt steigt pro laufendem Meter die Tagesplatzgebühr von 2,81 € auf 3 €.

Kleine Galerie

Im Zuge jeder konstituierenden Sitzung nach der Kommunalwahl wird auch der Arbeitskreis Kleine Galerie besetzt. Bisher gab es für den Arbeitskreis keine Stellvertreterregelung, was nun geregelt werden sollte. Deshalb wurden die Fraktionen aufgefordert, je ei-

nen Stellvertreter zu benennen.

Die bisherigen Mitglieder und neuen Stellvertreter (in Klammern): CDU: Michael Bucher (Rosa Eisele), FW: Florian Becker (Elisabeth Pahn), GAL: Dominik Souard (Michael Kaiser), SPD: Dr. Götz-Ekkehard Sapper (Rita König).

Zweckverbände

Einstimmig befürwortet hat der Gemeinderat auch den Beitritt des Zweckverbands KIRU (in dem Bad Waldsee Mitglied ist) zur Datenzentrale Baden-Württemberg. In dem Beschluss enthalten ist auch die Zustimmung zur Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT zum 1. Juli 2018. KIRU ist die Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm und ein kommunales Gebietsrechenzentrum in der Rechtsform eines Zweckverbandes mit Sitz in Ulm. Als kommunaler IT-Dienstleister liefert die KIRU integrierte Lösungen für Kommunalverwaltungen.

Kreditaufnahme

Der Gemeinderat nahm zustimmend Kenntnis von der Neuaufnahme eines Darlehens über 2.000.000 € für den Eigenbetrieb Städtische Abwasserbeseitigung mit einem Zinssatz von 1,89 Prozent für 30 Jahre fest und einer Gesamtlaufzeit von 30 Jahren bei der LW-Bank. Im Wirtschaftsplan 2016 waren zur Finanzierung der Investitionen 1,125 Millionen Euro Kreditermächtigung vorgesehen. Wegen Verzögerungen beim Bau und der Mittel aus Gebührenüberschüssen der vergangenen Jahre musste das Darlehen im Wirtschaftsjahr 2016 nicht in Anspruch genommen werden. Das im Wirtschaftsplan 2017 vorgesehene Darlehen über 2,55 Millionen Euro steht ebenfalls noch zur Verfügung. Zur Finanzierung der Investitionen sind vorerst die erübrigten Mittel aus den Vorjahren eingesetzt worden, die jedoch aus Einsparungen im Unterhaltungsbereich resultieren und somit für Investitionen nicht zur Verfügung stehen, sondern als Gebührenüberschüsse in die Gebührenkalkulation der nächsten Jahre einfließen. Da die Darlehen aber zur Finanzierung der Investitionen im Vermögenshaushalt notwendig sind, müssen diese auch aufgenommen werden, bevor die Kreditermächtigung verfällt. Es wurde

deshalb für notwendig erachtet, ein Darlehen über 2,0 Millionen Euro aufzunehmen. Damit ist die Kreditermächtigung aus dem Jahr 2016 aufgebraucht, aus der Kreditermächtigung 2017 stehen weitere 1,675 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung. Es wurden bei vier Banken Darlehensangebote mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einer Zinsbindung von zehn, 20 und 30 Jahren eingeholt. Das günstigste Angebot mit einer 30-jährigen Zinsfestschreibung von 1,89 Prozent wurde angenommen. Nach einem Beschluss des Gemeinderats vom 24. November 1997 ist die Verwaltung ermächtigt, im Rahmen der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditermächtigungen Angebote einzuholen und den Zuschlag dem günstigsten Bieter zu erteilen. Der Darlehensvertrag wurde am 13. Februar 2018 unterzeichnet.

Tourismus

Beim Punkt „Verschiedenes“ informierte Fachbereichsleiter Walter Gschwind über die Übernachtungszahlen aus dem Jahr 2017 (siehe auch Amtsblatt vom 8. März, Seite 3) sowie über die Auszeichnung zum „Stellplatz des Monats“ (siehe Seite 4 in diesem Amtsblatt).

Sportentwicklung

Im Namen aller Fraktionen stellte Bernhard Schultes einen gemeinsamen Antrag. In diesem wird gefordert, dass spätestens in der übernächsten Sitzung des Gemeinderats über die Prioritätenliste zu den empfohlenen Maßnahmen des Sportentwicklungsplans sowie die weitere Vorgehensweise zur Abarbeitung und Beteiligung zu beraten sein soll.

Parkplatz

Ein Gemeinderat fragte nach, ob bei der Verwaltung bisher noch keine Reklamationen eingegangen seien von Busfahrern, die ihre Fahrgäste bei der Therme absetzen und beim Busstellplatz im Unterurbacher Weg (etwa 500 Meter zur Therme) parken müssen. Direktor Peter Blank erklärte, dass dies anders nicht möglich sei. Man habe extra dort einen Busparkplatz angelegt. Dies sei zwar besser als zuvor, aber nicht optimal. (bg)

Über die Beratungen zum European Energy Award berichten wir in der kommenden Ausgabe.